

Afghanistan im Visier der Großmächte

Den Afghanistan-Konflikt können wir nicht verstehen, wenn dabei die geostrategische Bedeutung dieses Landes am Hindukusch unberücksichtigt bleibt. Afghanistan ist abgesehen von etwas Erdgas im Norden und Kupfer in den Minen von Ainak¹, in der südlich von Kabul gelegenen Provinz Logar, relativ arm an Bodenschätzen, die für die internationalen Konzerne von großem Interesse wären. Als die Kriegsmüdigkeit in der US-amerikanischen Bevölkerung und auch bei der politischen Klasse des Landes unüberhörbar wurde und namhafte US-Politiker den Sinn des Krieges in Frage stellten, weil er sich ökonomisch nicht gelohnt hätte, „fanden“ die US-Experten plötzlich Bodenschätze im Werte von einer Billion Dollar. Fakt ist jedoch, dass die Forschungsbehörde „US-Geological Survey“ längst bekannte Untersuchungsergebnisse aus den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts, die sowjetische Wissenschaftler und zwischen 1964 und 1978 die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe dokumentiert hatten, als neue und sensationelle Erkenntnis einer stauenden Öffentlichkeit präsentierte. „Meines Wissens war aktuell kein einziger Geologe vor Ort“², kommentierte Lothar Ratschbacher von der TU Bergakademie Freiberg. Auch im afghanischen Bergbauministerium wunderte man sich über solche spektakuläre Meldungen. „Hinter vorgehaltener Hand heißt es in Kabul, die großen Zahlen seien dazu bestimmt, den amerikanischen Kongress zu besänftigen. Die Regierung von Präsident Barack Obama steht zu Hause unter Druck, die hohen menschlichen und finanziellen Kosten des Afghanistan-Krieges zu rechtfertigen.“³ Dazu kommt, dass potentielle Fundstätten in äußerst unzugänglichen Gebieten liegen, so dass ein Abbau weder ökonomisch rentabel noch realistisch ist. Das einzige, was das Land seit jeher für die internationale Gemeinschaft zum Objekt der Begierde gemacht hat, war, ist und bleibt seine geostrategische Lage. Sie ist für das Land und seine Völker schon immer ein Verhängnis gewesen. Für Alexander den Großen, der im Jahre 330 v.u.Z. das ganze südliche Afghanistan besetzte, war das Land eine „unangreifbare Basis“⁴ bei seinem weiteren Feldzug nach Norden und vor allem nach Osten zum indischen Subkontinent. Auch die Mongolen brauchten für ihren Feldzug (1218-20)⁵ das Transitland Afghanistan, um nach Süden vorzudringen. Die südliche Route der Seidenstraße ging über Afghanistan

¹ Die Vorkommen werden von einer Firma aus der VR China ausgebeutet.

² Hoffmann, A. C./Dometeit G.: Schatz am Hindukusch, in: Focus, 25/2010 vom 21.6.2010, S. 120.

³ Böge, Friederike: Casinokapitalismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 3.12.2011, S. 3.

⁴ Bamm, Peter: Alexander oder die Verwandlung der Welt, Berlin 1967, S. 235.

⁵ Vgl. Brentjes, Burchard: Völkerschicksale am Hindukusch, Leipzig 1983, S. 224.

nach China. Um den angeblichen russischen Drang zum warmen Wasser⁶ einzudämmen, überfielen die Briten zweimal Afghanistan und besetzten es von 1839 bis 1842 und 1878 bis 1880.

I. Die Vorgeschichte der Verteidigung am Hindukusch

Als Deutschland als verspätete Imperialmacht am Anfang des 20. Jahrhunderts Großmachtambitionen hegte, war die Welt schon unter den anderen westlichen Kolonial- und Imperialmächten aufgeteilt. Damit wollte sich jedoch die politische und militärische Klasse Deutschlands keinesfalls abfinden, sondern trotzdem auch ein Stück vom Kuchen sowie seinen „Platz an der Sonne“ haben.

Damit Deutschland zu einer Großmacht werden konnte – das erklärte Ziel der herrschenden Klasse Deutschlands – war es erforderlich, das britische Imperium zu Fall zu bringen. Aus diesem Grunde hatte Afghanistan schon vor Beginn des Ersten Weltkrieges einen festen Platz im militärisch-strategischen Konzept Deutschlands. Afghanistan war das Mittel, das Herz des britischen Empire (Indien) zu treffen, das auf dem Landwege nur durch afghanisches Territorium zu erreichen war. „Kaum minder aussichtsreich und gar nicht mehr so entfernt wie man glaubt“, so urteilten damals deutsche Strategen, „ist die Zukunft unserer Beziehungen mit *Afghanistan*. Kabul aber, die Residenz des afghanischen Emirs, liegt vor dem Kaiberpasse, *dem Tore* Indiens!“⁷ Die Stoßrichtung dieser Strategie wird durch eine Randbemerkung Wilhelms II. auf einem Telegramm des deutschen Botschafters in Petersburg vom 30. Juli 1914 deutlich: „Jetzt muß dieses ganze Getriebe (der englischen Politik) schonungslos aufgedeckt und ihm öffentlich die Maske christlicher Friedfertigkeit in der Öffentlichkeit schroff abgerissen werden und Pharisäische Friedensheuchelei an den Pranger gestellt werden!! Und unsere Consuln in Türkei und Indien, Agenten etc. müßen die ganze Mohammed. Welt gegen dieses verhaßte, verlogene, gewissenlose Krämervolk zum wilden Aufstande entflammen; denn wenn wir uns verbluten sollen, dann soll England wenigstens Indien verlieren.“⁸ Der deutsche Generalstabschef, Generaloberst von Moltke, forderte am 2. August 1914 gegenüber dem Auswärtigen Amt: „Es müssen Versuche gemacht werden, einen Aufstand in Indien zu entfalten, wenn England als unser Gegner auftritt.“⁹ Um diese Strategie in die Tat umzusetzen, wurde in einer geheimen Sitzung im Auswärtigen Amt am 12. August 1914 beschlossen, eine Militärexpedition nach Afghanistan zu entsenden, um dort

⁶ Diese Behauptung basiert auf einer Fälschung des Testamentes von Zar Peter dem Großen, wie die Recherchen des Münsteraner Soziologen Prof. Dr. Christian Sigrist ergaben. Vgl. Baraki, Matin: Gedächtnisprotokoll eines Gespräches mit Prof. Sigrist im Sommer-Semester 2000.

⁷ Wirth, Albrecht/Zimmermann, Emil: Was muß Deutschland an Kolonien haben? Frankfurt/M. 1918, S. 19. (Hervorhebungen im Original.).

⁸ Zitiert nach: Gehrke, Ulrich: Persien in der deutschen Orientpolitik während des Ersten Weltkrieges. Bd. 1 und 2, Stuttgart 1960, S. 1.

⁹ Zitiert nach ebenda, Bd. 1, S. 22.

im Sinne Deutschlands das Volk gegen England zu revolutionieren.¹⁰ Die Expedition erreichte Kabul am 30. September 1915 und übermittelte ein Handschreiben des deutschen Kaisers und ein Grußschreiben der deutschen Regierung an den afghanischen Amir Habibullah mit der Aufforderung, auf Seiten Deutschlands gegen Britisch-Indien in den Krieg einzutreten.¹¹ Der Brief Wilhelms II. endete mit folgenden Worten: „Es war von jeher [...] mein Wunsch, die muhammedanischen Nationen unabhängig zu wissen und ihren Staaten möglichst freie Kraftentfaltung zu gewähren. So liegt es Mir nicht nur für den Augenblick am Herzen, den muhammedanischen Völkern in ihrem Kampf um die Selbständigkeit zu helfen, sondern Ich werde sie mit Meiner Kaiserlichen Regierung auch in Zukunft stützen [...]. Die heute schon bestehende Interessengemeinschaft zwischen dem deutschen Volke und den Muhammedanern wird auch nach Beendigung des Krieges weiterbestehen bleiben.“¹² Entgegen den Vorstellungen der deutschen Expedition brachte die Audienz bei Habibullah nicht das erwartete Ergebnis, obwohl er und andere einflußreiche Personen am Hofe großzügig beschenkt worden waren.¹³ „Schon heute erkannten wir, daß wir es mit einem vorsichtig und genau Vor- und Nachteile abwägenden, raschen Entscheidungen abholden, selbst über kleinste Dinge Kontrolle ausübenden Mann zu tun hatten, der stark unter englischem Einfluß stand und gewiß nicht der Negerhäuptling war, den man mit einigen Glasperlen in wilden, fanatischen Kampf gegen unsere Feinde treiben konnte, wie sich ihn wohl manche Leute in der Heimat vorgestellt haben mochten.“¹⁴ In einem Bericht vom September 1916 wurde resümiert, „daß der Kriegseintritt Afghanistans – das Hauptziel der Afghanistan-Expedition, dem auch die deutsche Persienpolitik trotz ihres eigenen Moments untergeordnet war - nicht erreicht werden konnte.“¹⁵ Damit war der erste Versuch, Deutschland am Hindukusch zu verteidigen, vorerst gescheitert.

II. Afghanistan in der militärischen Konzeption Deutschlands im Zweiten Weltkrieg

Reichspropagandaminister Joseph Goebbels verkündete in seiner Rede auf einer Kundgebung der NSDAP in Prag am 5. November 1940 unter großem Jubel der Anwesenden die deutschen Absichten: „Ich habe weiterhin den Eindruck, daß wir bei der Verteilung der Welt in den vergangenen Jahrhunderten

¹⁰ Vgl. ebenda, Bd. 1, S. 23.

¹¹ Vgl. ebenda, Bd. 2, S. 317f.

¹² Zitiert nach: Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht, Düsseldorf 1961, S. 132f.

¹³ Vgl. Hentig, Werner Otto von: Mein Leben, eine Dienstreise. 2. Auflage, Göttingen 1963, S. 97f. und 140.

¹⁴ Niedermayer, Oskar von: Im Weltkrieg vor Indiens Toren, der Wüstenzug der deutschen Expedition nach Persien und Afghanistan. Hamburg 1936, S. 112.

¹⁵ Gehrke, Ulrich: Persien in der deutschen Orientpolitik während des Ersten Weltkrieges. Bd. 1 a. a. O., S. 293.

als Deutsche zu kurz gekommen sind. Und ich habe drittens den Eindruck, daß wir das, was wir damals versäumt, jetzt nachholen müssen.“¹⁶ Schon Ende des Jahres 1939 existierten genaue Pläne von einem direkten deutschen Angriff gegen die britischen Stellungen im Orient, womit Oskar von Niedermayer, militärischer Leiter der deutschen Afghanistan-Expedition im Ersten Weltkrieg, beauftragt war.¹⁷ Nach der erfolgreichen Durchführung des Plans „Barbarossa“¹⁸ sollte gegen Britisch-Indien vorgegangen werden.¹⁹ Mit dem Datum des 17. Februars 1941 ist folgende Notiz im Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht zu lesen: „Der Führer wünsche die studienmäßige Bearbeitung eines Aufmarsches in Afghanistan gegen Indien im Anschluß an die Operation „Barbarossa“.“²⁰ Denn dieser Angriff konnte zu Lande bekanntlich nur über afghanisches Territorium erfolgen. Nach Auffassung von Adolf Hitler kam „Afghanistan die Rolle eines wichtigen Stützpunktes in den strategischen Plänen zur Eroberung Indiens und der Länder Südasiens zu“.²¹ Acht Tage später war die Planung einer Operation gegen Afghanistan ein wichtiges Diskussionsthema bei einer Besprechung im Generalstab des Heeres.²²

Der afghanischen Regierung waren diese Pläne, das afghanische Territorium nicht nur als antibritisches Sprungbrett zu benutzen, sondern das Land zu einem Vasallenstaat zu degradieren, keineswegs verborgen geblieben. Kurz nach dem deutschen Überfall auf Polen gab die afghanische Regierung am 7. September 1939 eine Erklärung ab, während des Krieges ihre eindeutige Neutralität weiter bewahren zu wollen. Dies widersprach den Interessen der deutschen Faschisten und das Auswärtige Amt entwickelte danach einen Plan, die afghanische Regierung unter König Mohammad Saher zu stürzen und an seiner Stelle den ehemaligen König Amanullah, der damals im römischen Exil lebte und in seiner Amtszeit (1919-1929) ein gutes Verhältnis zu Deutschland hatte, als Marionette des faschistischen deutschen Regimes an die Macht zu bringen.²³ Wegen der positiven Einstellung Amanullahs gegenüber der Sowjetunion gab es zwar dazu innerhalb der NSDAP Meinungsverschiedenheiten, aber deutscherseits ent-

¹⁶ Ueberschär, Gerd R./Wette, Wolfram (Hrsg.): Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion, Frankfurt/M. 2011, zitiert nach: Wember, Heiner: 1940: Hitler erlässt Weisung für Rußlandfeldzug („Fall Barbarossa“), Sendung Zeitzeichen, WDR 5, 18.12.2010, 9:05 Uhr.

¹⁷ Vgl. Baraki, Matin. Die Beziehungen zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 1996, S. 8ff.

¹⁸ Mit „Barbarossa“ ist das Deckwort für den Überfall auf die Sowjetunion gemeint.

¹⁹ Vgl. Besymenski, Lew: Wenn die Sowjetarmee nicht gewesen wäre, in: Sowjetunion heute, Köln, Jg. 26, H. 6, 1981, S. 16 f.

²⁰ Jacobsen, Hans-Adolf: 1939-1945. Der 2. Weltkrieg in Chronik und Dokumenten. Darmstadt 1959, S. 199.

²¹ Aschitkow, W. u.a. (Hrsg.): Die Wahrheit über Afghanistan, 2., erg. Aufl. Moskau 1981, S. 62.

²² Vgl. Halder, Franz: Kriegstagebuch, Bd. 2, Stuttgart 1963, Eintragung vom 25.2.1941, S. 292.

²³ Vgl. Glasneck, Johannes/Kirchseisen, Inge: Türkei und Afghanistan. Brennpunkte der Orientpolitik im Zweiten Weltkrieg. Berlin/DDR 1968, S. 212ff.

schied man sich trotzdem dafür, eine militärische Aktion zugunsten Amanullahs durchzuführen, falls die afghanische Regierung nicht doch noch auf die Wünsche Deutschlands, Afghanistan am Kriege zu beteiligen, eingehen sollte.²⁴

Der Zusammenbruch der faschistischen Blitzkriegspläne in den weiteren Kriegsjahren machte jedoch alle diesbezüglichen Absichten gegenüber Afghanistan zunichte und somit war auch der zweite Versuch, Deutschland am Hindukusch zu verteidigen, gescheitert.

III. Afghanistan als Schachbrett der neuen deutschen Imperialmacht

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Afghanistan zum Bestandteil der westdeutschen „Dritte-Welt“-Strategie. Das Land bekam als erstes eine Finanzhilfe in Höhe von 25 Mio. Mark, sogar aus den Mitteln des Marshall-Plans. Seit der Einverleibung der Deutschen Demokratische Republik (DDR) hegt die politische und militärische Klasse Deutschlands erneut Großmachtambitionen. Dies geht eindeutig aus den Verteidigungspolitischen Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung vom 26.11.1992, vom 21.3.2003 und vom 18.5.2011, sowie aus dem Weißbuch 2004 bzw. 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr hervor. Die Grenze der Verteidigung Deutschlands ist nicht mehr die vom Grundgesetz (Art. 87a) vorgeschriebene, sondern die ganze Welt. In allen hier genannten Dokumenten werden unmissverständlich die Grenzen des Einsatzes der Bundeswehr für die Sicherung der ökonomischen und Handelsinteressen Deutschlands global definiert. Bemerkenswert ist die Berliner Rede des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog im Hotel Adlon am 26. April 1997, in der er mit Nachdruck auf die deutschen Großmachtambitionen hinwies: „Ein großes, globales Rennen hat begonnen: Die Weltmärkte werden neu verteilt, ebenso die Chancen auf Wohlstand im 21. Jahrhundert. Wir müssen jetzt eine Aufholjagd starten.“²⁵ Auch Afghanistan wurde erneut, nun zum dritten Mal, als Schachbrett für die globalen Ambitionen Deutschlands eingeplant. Man wartete jedoch nur noch auf einen geeigneten Anlass. Der 11. September 2001 bot sich dann ganz ausgezeichnet dafür an. Hätte es ihn nicht gegeben, man hätte ihn erfinden müssen. Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) verkündete die uneingeschränkte Solidarität Deutschlands mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Vor diesem Hintergrund wurde zum ersten Mal, gemäß Artikel 5 des NATO-Vertrages, der „Bündnisfall“ erklärt. „Wir dürfen auch nicht vergessen: es war nicht zuletzt Deutschland, das 2002 die NATO gedrängt hat, Afghanistan zu einer NATO-

²⁴ Vgl. Werner, Ingeborg: Die Afghanistanpolitik des deutschen Imperialismus vom Beginn des Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Diss. Halle 1964, S. 222.

²⁵ www.bundespraesident.de. (als Typoskript im Archiv des Verf.)

Operation zu machen. Das ist die Regierung Schröder/Fischer gewesen“,²⁶ erklärte der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann. Damit wurde der politischen und militärischen Klasse Deutschlands die Möglichkeit eröffnet, sich am Krieg gegen Afghanistan zu beteiligen und künftig auch weltweit zu intervenieren.²⁷ Die Militarisierung der deutschen Außenpolitik schuf die Voraussetzung für die prägnante Formulierung des sozialdemokratischen Bundesverteidigungsministers Peter Struck nach der Verabschiedung der Verteidigungspolitischen Richtlinien im Frühjahr 2003: „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“,²⁸ ein Satz, der immer wieder zitiert worden ist. „Der Satz ist einer der törichtesten Sätze der deutschen Nachkriegsgeschichte“,²⁹ bemerkte dazu Heribert Prantl, Leiter des Ressorts Innenpolitik der Süddeutschen Zeitung. Die Strucksche Aussage ist auch deswegen falsch, weil die Taliban nur eine regionale Agenda haben. Sie sind keine internationalen Terroristen und „wollen nicht Hamburg und New York angreifen“. ³⁰ Durch das militärische Engagement Deutschlands am Hindukusch wurde zum einen die deutsche Außenpolitik militarisiert und zum anderen war Afghanistan der Türöffner für künftige weltweite Operationen der Bundeswehr. Darüber hinaus ist Afghanistan durch die Militärbasen der Bundeswehr in Masare Scharif, Kunduz, Faisabad und sogar in Kabul – die einzigen außerhalb Deutschlands – zu einem unsinkbaren Flugzeugträger geworden.

Zusammenfassend kann man feststellen: Jedesmal, wenn Deutschland Großmachtambitionen hatte, war Afghanistan Bestandteil dieser Strategie.

IV. Afghanistan als Schachbrett der US-Strategie nach dem Ende des Sozialismus

Neben den bestehenden weit ausgedehnten geostrategischen Zielen der USA wurde ihr ökonomisches Interesse an der Region um Afghanistan von Zbigniew K. Brzezinski drastisch formuliert: wir wollen „ungehinderten Zugang zu dieser dem Westen bisher verschlossenen Region“³¹ haben! Er bezeichnete die Region als „Schachbrett, auf dem sich auch in Zukunft der Kampf um die globale Vorherrschaft abspielen wird“. Brzezinski bezieht sich auf Hitler und Stalin und deren Ansicht, „daß Eurasien der Mittelpunkt der Welt sei und mithin derjenige, der Eurasien beherrsche, die Welt beherr-

²⁶ Naumann, Klaus, in: Deutschlandfunk-Interview, 2.7.2009 (Typoskript).

²⁷ Vgl. Struck: Mögliches Einsatzgebiet ist die ganze Welt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 14.1.2004, S. 1.

²⁸ O-Ton Bundesverteidigungsminister Peter Struck: Themen des Tages, HR 1, 18.12.2003, 22:07 Uhr; O-Ton Peter Struck: Mittagsecho, WDR 5, 13.1.2004, 13:35 Uhr.

²⁹ Prantl, Heribert: Krieg und Wahlkampf, in: Süddeutsche Zeitung (SZ); 8.9.2009, S. 4.

³⁰ Schwennicke, Christoph: Die Qual der alten Krieger, in: Der Spiegel, Nr. 24/2010, 14.6.2010, S. 91.

³¹ Brzezinski, Zbigniew K.: Die einzige Weltmacht, Weinheim 1997, S. 203.

sche.³² Deshalb forderte er ultimativ: „Es ist an der Zeit, daß Amerika eine einheitliche, umfassende und langfristige Geostrategie für Eurasien als Ganzes formuliert und verfolgt. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus dem Zusammenwirken zweier grundlegender Faktoren: Amerika ist heute die einzige Supermacht auf der Welt, und Eurasien ist der zentrale Schauplatz. Von daher wird die Frage, wie die Macht auf dem eurasischen Kontinent verteilt wird, für die globale Vormachtstellung und das historische Vermächtnis Amerikas von entscheidender Bedeutung sein. Amerikas globale Vorherrschaft ist in ihrer Ausdehnung und in ihrer Art einzigartig. Sie ist eine Hegemonie neuen Typs, die viele Merkmale der amerikanischen Demokratie widerspiegelt: sie ist pluralistisch, durchlässig und flexibel. In weniger als einem Jahrhundert zustande gekommen, zeigt sie sich vor allem in der beispiellosen Rolle Amerikas auf der eurasischen Landmasse, wo bisher alle früheren Konkurrenten um die Weltmacht ihren Ursprung hatten. Amerika ist nun der Schiedsrichter Eurasiens, und kein größeres eurasisches Problem läßt sich ohne die Beteiligung der USA oder gegen ihre Interessen lösen.“³³ Die von Brzezinski entwickelte Konzeption stellt das Drehbuch der Politik dar, die die USA seit dem Ende der Sowjetunion in der Region betreiben. Um dem oben genannten Anspruch Geltung zu verschaffen, wurde schon 1997 durch die damalige US-Außenministerin Madeleine Albright die gesamte Region von Mittelasien und Südkaukasus „zur geostrategischen Interessenzzone der USA deklariert.“³⁴ Die US-Strategie zielte darauf hin, die Region auch mit Militärgewalt unter die Kontrolle der Vereinigten Staaten zu bringen. Wie die Washington Post am 19. Dezember 2000 berichtete, hatte schon die Clinton-Administration einen Krieg am Hindukusch in Erwägung gezogen, also viele Monate vor den Anschlägen des 11. September 2001. Hierüber gab es Konsultationen mit den Regierungen der russischen Föderation und Usbekistans. Da die usbekische Regierung sich weigerte, ihr Territorium für eine US-Aggression gegen Afghanistan zur Verfügung zu stellen,³⁵ musste der Krieg zunächst verschoben werden.³⁶ Auch der ehemalige Außenminister Pakistans, Naiz Naik, bestätigte, dass der Krieg gegen Afghanistan vor dem 11. September 2001 beschlossen worden war,³⁷ denn im Juli 2001 war seine Regierung seitens der US-

³² Ebenda, S. 16.

³³ Ebenda, S. 277.

³⁴ Barth, Peter: Der Kaspische Raum zwischen Machtpolitik und Ölintereessen, München 1998, S. 5.

³⁵ Vgl. Starr, Frederick S.: Afghanistan Land Mine, in: Washington Post, 19.12.2000; Schmitt, Uwe: Bush veröffentlicht Teile des Geheimberichtes über Terror, in: Die Welt, 28.9.2006, S. 7.

³⁶ Vgl. Leyendecker, Hans: „Ich habe es versucht“, in: SZ, 25.9.2006, S. 2; Schmitt, Uwe: Bush veröffentlicht Teile des Geheimberichtes über Terror, a. a. O.

³⁷ Vgl. Hahn, Dorothea: Vergebliche Suche nach der „goldenen Brücke“, in: die tageszeitung (taz), 3./4.11.2001. Nach dem 11. September hat der Stellvertreter des damaligen US-Außenministers Colin Powell, Richard Armitage, dem pakistanischen Geheimdienstchef gedroht, sein Land „in die Steinzeit zurückzubomben“, sollte die Regierung in Islamabad nicht mit den USA zusammenarbeiten. Matthias Rüb, Karzai und Musharraf streiten weiter, in: FAZ, 28.9.2006, S. 9.

Administration darüber informiert worden.³⁸ Afghanistan war das schwächste Glied in der Kette derjenigen Länder, die im Rahmen der als „Greater Middle East Initiative“ (GMEI) bezeichneten Strategie der Neokonservativen um Dick Cheney, Donald Rumsfeld, Paul Wolfowitz, Richard Perle und George W. Bush, „demokratisiert“ werden sollten. Deswegen wurde der 11. September 2001 zum Anlass genommen, zuerst Krieg gegen Afghanistan zu führen.

Nach der Vertreibung der Taleban 2001 bestand eine reale Chance, die Staatlichkeit Afghanistans wiederherzustellen. Auf der Petersberger Konferenz - vertreten waren größtenteils die Kräfte, die von 1992 bis 96 an der Zerstörung Kabuls mitgewirkt hatten, bei der über 50 000 Zivilisten ums Leben kamen³⁹ – wurde am 5. Dezember 2001 unter formaler Schirmherrschaft der UNO eine Regierung für Kabul installiert. Dort – und nicht in Afghanistan – wurden die Weichen gestellt und eine Marionetten-Regierung auf massiven Druck der über zwanzig anwesenden US-Vertreter gebildet. Abdul Hamid Karsai, der seit 1980 enge Verbindungen zur CIA hatte, wurde in Abwesenheit zum Übergangsministerpräsidenten ernannt. Da diese Regierung keinen Rückhalt in Afghanistan hatte, wurde sie im Auftrag des UN-Sicherheitsrates von einer Schutztruppe, der „International Security Assistance Force“ (ISAF), nach Kabul begleitet. Damit wurde wieder eine „militärische Lösung“ des Konfliktes favorisiert, dessen Scheitern ich schon vor Beginn der US-geführten NATO-Operation vorausgesagt habe. Seit etwa zwei Jahren sind auch die Afghanologen, Berater, Diplomaten und sogar Militärs zu dieser Erkenntnis gekommen. So hält zum Beispiel auch der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Kujat, den Afghanistan-Krieg für gescheitert.⁴⁰

Um aus dieser Niederlage dennoch als Gewinner hervorzugehen, versuchen die Regierungen der NATO-Länder der Kriegsmüdigkeit ihrer Bevölkerungen mit dem angeblichen Abzug der Soldaten aus Afghanistan ab 2014 zu begegnen. Zusätzlicher Faktor ist noch die bevorstehende Präsidentschaftswahl in den USA, die Barack Obama gewinnen möchte. Fakt ist jedoch, dass zunächst nur die logistischen und dann nur die Kampfeinheiten abgezogen werden sollen. Mit der Formel, wir werden auch nach 2014 den Afghanen zur Seite stehen, will die NATO auf unabsehbarer Zeit in Afghanistan präsent sein. Allein die USA wollen zumindest sechs größere und ein dutzend kleinere Militärbasen in Afghanistan behalten. Dies hatte Karsai schon 2003 vor den ersten Parlamentswahlen nach der Vertreibung der Taleban den USA zugesagt und kürzlich durch eine handverlesene Ratversammlung (Loya Djerga) abnicken lassen. Auf der letzten NATO-Tagung in Lissabon am 20. November 2010 hat Karsai zusammen mit NATO-Generalsekretär Rasmussen eine Erklärung un-

³⁸ Vgl. Baraki, Matin: Islamismus und Großmachtpolitik in Afghanistan, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bonn, B 8/2002 vom 22.2.2002, S. 38.

³⁹ Vgl. Baraki, Matin: Afghanistan nach „Petersberg“: in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bonn, Jg. 47, 2002, H. 2, S. 147.

⁴⁰ Vgl. Ex-Generalinspekteur: Afghanistan-Einsatz gescheitert, in: Reuters Deutschland, 7.10.11.

terschrieben, in der eine unbegrenzte NATO-Präsenz in Afghanistan festgeschrieben wird. Die NATO ist nicht deswegen nach Afghanistan einmarschiert, um bald wieder abzuziehen. Berücksichtigt man die Gesamtstrategie des Bündnisses, wird Afghanistan zu einem unsinkbaren Flugzeugträger der NATO für künftige Operationen in der Region umfunktioniert.

Um ihre eigenen Verluste zu minimieren hat die NATO fast die gesamte afghanische Gesellschaft paramilitarisiert. Neben den derzeit 308.000 Soldaten der afghanischen Nationalarmee und einer Polizei, die bis November 2012 auf eine Größe von insgesamt 352.000 Personen aufgestockt werden soll, wurden Stammes, Dorf- und Warlordmilizen ausgebildet und ausgerüstet. Dazu kommen noch tausende nationale und internationale Söldner, die ebenfalls Kampfaufgaben der NATO übernehmen sollen. Ziel der NATO ist hauptsächlich eine Afghanisierung des Krieges. Die in ihren Stützpunkten verbleibenden NATO-Soldaten werden nur noch dann intervenieren, wenn afghanische Einheiten sich nicht allein gegen die Widerständler behaupten können.

Auch Petersberg II (3. bis 5.12.2011) dient nur dem Ziel, eine langfristige NATO-Präsenz am Hindukusch abermals und offen festzuschreiben. Diese Konferenz kann mit Fug und Recht als die afghanische „Kongokonferenz“ bezeichnet werden, auf der 1884 in Berlin die Grundlage für die Aufteilung Afrikas in Kolonien gelegt wurde. Mit einem Unterschied. Auf der Kongokonferenz waren die Afrikaner selber nicht anwesend. Jedoch bei Petersberg II war die von außen installierte politische Klasse der Afghanen nicht nur anwesend, sondern hatte, wenn auch nur formal, die Leitung inne. Der Ausverkauf der nationalen Interessen Afghanistans wurde von dieser politischen Klasse mit organisiert. „Nie sollt Ihr so tief sinken, von dem Kakao, durch den man Euch zieht, auch noch zu trinken“, sagte schon Erich Kästner. Aber die in Kabul installierten Ameriko- und Euro-Afghanen sind so tief gesunken, dass sie Kästners Vorstellungen bei weitem übertroffen haben. Der Baum sagte zur Axt, wenn Dein Griff nicht ein Teil von mir wäre, hättest Du mich nicht schlagen können, wie ein afghanisches Sprichwort besagt. Das afghanische Volk wird nun von seinen Feinden mit der „eigenen Waffe“ geschlagen.

V. Alternativen zum Krieg in Afghanistan

Die „freie Welt“ führt seit mehr als dreißig Jahren einen verdeckten und seit zehn Jahren einen offenen Krieg gegen Afghanistan. Damit hat sie das gesamte gesellschaftliche Gefüge Afghanistans zerstört, die Infrastruktur, die ökonomischen, politischen und sozialen Fundamente des Landes vernichtet bzw. so aus dem Gleichgewicht gebracht, dass es eine funktionsfähige Gesellschaft am Hindukusch auf unabsehbare Zeit nicht geben wird. Auf Grundlage meiner Feldforschung und zahlreicher Gespräche mit der Bevölkerung aus verschiedensten Schichten und Klassen in Afghanistan, bin ich zu der Überzeugung gelangt, dass es längs an der Zeit ist, über Alternativen zum NATO-Krieg nachzudenken. Folgende Thesen sollen dazu als Diskussionsgrundlage dienen:

1. Ein einseitiger und bedingungsloser Waffenstillstand der NATO, zunächst für die Dauer von mindestens sechs Monaten.
2. Ablösung der NATO-Einheiten durch eine International Security Assistance Force (ISAF) bestehend aus Einheiten der islamischen und Blockfreien Staaten.
3. Auflösung aller NATO-Militärbasen und Stützpunkte sowie diesbezüglich geschlossener Verträge mit der Kabuler Administration.
4. Eine nationale Versöhnungspolitik mit allen politischen Gruppierungen, einschließlich der islamisch geprägten, wie den Taleban, der Hesbe Islami von Gulbudin Hekmatyar und dem Haqani-Netzwerk.
5. Bildung einer Wahrheitskommission nach dem Muster von Südafrika.
6. Auflösung aller militärischen und paramilitärischen Verbände der Warlords sowie der ausländischen und afghanischen privaten Sicherheitsfirmen.
7. Vorbereitung von landesweiten Wahlen in den Dörfern, Kreisen, Bezirken usw. zu einer nationalen Loya Djerga (Ratversammlung), unter der Kontrolle unabhängiger internationaler Organisationen, wie Friedens-, Frauen-, Studenten- und Gewerkschaftsbewegungen.
8. Konstituierung einer vom Volk gewählten Loya Djerga, jedoch keine Ernennung von irgendwelchen Abgeordneten durch den Präsidenten.
9. Auf dieser Loya Djerga sollen dann eine provisorische Regierung und Kommissionen zur Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes basierend auf der Abschaffung des Präsidialsystems sowie eines Wahl-, Parteien- und Gewerkschaftsgesetzes gewählt werden.
10. Durchführung von allgemeinen, freien und von unabhängigen Gremien kontrollierten Parlamentswahlen.
11. Wahl einer neuen Regierung unmittelbar durch das Parlament, ohne vorherigen Vorschlag des noch amtierenden Interimsministerpräsidenten.
12. Abschaffung der Politik der offenen Tür und Einleitung einer auf nationalen Interessen basierenden Wirtschafts-, Finanz-, Zoll- und Steuerpolitik.
13. Maßnahmen zum Wiederaufbau des zerstörten Landes, wofür ein Viertel der NATO-Kriegskosten aufzuwenden wären. Diese Mittel sollen auf einem unter unabhängiger Kontrolle stehenden Treuhandkonto geparkt und nur projektgebunden verwendet werden.
14. An den Wiederaufbaumaßnahmen sollten die Nachbarn Afghanistans bevorzugt beteiligt werden. Dies wird die regionale Kooperation und Stabilität fördern.
15. In der Region um Afghanistan soll auf eine mittel-südasiatische Union hingearbeitet werden. Neben Afghanistan sollen ihr die vier mittelasiatischen Länder, Tadschikistan, Usbekistan, Turkmenistan und Kasachstan, sowie Iran, Pakistan und Indien angehören. Denn all diese Länder haben

viele Gemeinsamkeiten, wie Sprachen, Religionen und sogar Geschichte.

16. Als vertrauensbildende Maßnahme soll Afghanistan als erstes Land nach etwa fünf Jahren seine nationale Armee auflösen.
17. Eine mittel-südasiatische Union könnte zu einer endgültigen Lösung des Kaschmir-Konfliktes⁴¹ zwischen Indien und Pakistan und des Konfliktes um die Durand-Linie⁴² zwischen Afghanistan und Pakistan beitragen.
18. Dann wäre es an der Zeit, die Atomarsenale Indiens und Pakistans abzuschaffen. Dadurch könne eine der konfliktreichen Regionen des asiatischen Kontinents zur Zone des Friedens, der Stabilität und der Prosperität werden.

⁴¹ Siehe ausführlich dazu: Baraki, Matin: Regionalkonflikt unter Atommächten: Der Streit um Kaschmir, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bonn, Jg. 46, 2001, H. 8, S. 976-984.

⁴² Durch den von den Briten erzwungenen Durand-Vertrag vom 12. November 1893 unter der Herrschaft von Amir Abdul Rahmans (1880-1901) erhielt Afghanistan außenpolitisch den Status eines britischen Protektorats. Dieser Vertrag hatte zur Folge, daß ca. 190.000 qkm des afghanischen Territoriums mit ca. 9 Mio. Einwohnern im Osten und Südosten des Landes an Britisch-Indien abgetreten werden mußte. Dieser Grenzverlauf, der ausschließlich aus strategischen Gesichtspunkten der afghanischen Seite aufgezwungen worden ist, um Afghanistan den Weg zum Indischen Ozean zu versperren, zerschneidet gleichzeitig das von Paschtunen und Belutschen bewohnte Gebiet ohne Rücksicht auf Stammesgrenzen oder natürliche Trennungslinien. Es wurden dabei sogar Familien voneinander getrennt. Nach Gründung Pakistans im Jahre 1947 wurde dieses ursprünglich afghanische Territorium von der britischen Kolonialmacht Pakistan überlassen. Da seitdem Afghanistan und Pakistan diese Stammesregion beanspruchen, wurde sie bis heute zu einem unlösbaren Dauerkonflikt zwischen den beiden Ländern, die deshalb mehrfach an die Grenze einer militärischen Auseinandersetzung gerieten.